

Beschlüsse des Kantonsrates

13. Sitzung vom 1. September 2003:

1. Kantonsrat Werner Stutz (SP) wird in Pflicht genommen.
2. Als Nachfolger von Jugendanwältin Dr. iur. Denise Proff Hauser wird lic. iur. Peter Möller bei einem absoluten Mehr von 29 Stimmen mit 49 Stimmen für den Rest der Amtsdauer 2001-2004 zum Jugendanwalt gewählt.
3. Als Nachfolger des zum Staatsanwalt gewählten Untersuchungsrichters lic. iur. Peter Sticher wird lic. iur. Thomas Rapold bei einem absoluten Mehr von 30 Stimmen mit 58 Stimmen für den Rest der Amtsdauer 2001-2004 zum Untersuchungsrichter gewählt.
4. Als Nachfolger des verstorbenen Ersatzrichters lic. iur. Hans Käser wird lic. iur. Andreas Lindenmeyer in einer Kampfwahl bei einem absoluten Mehr von 35 Stimmen mit 44 Stimmen für den Rest der Amtsdauer 2001-2004 zum Ersatzrichter des Obergerichts gewählt. Dr. iur. Michèle Hubmann Trächsel erhält 22 Stimmen.
5. Der Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend 1. Paket Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden wird in erster Lesung beraten. Das Geschäft geht zur Vorbereitung der zweiten Lesung an die Kommission zurück.
6. Der Geschäftsbericht 2002 der Schaffhauser Kantonalbank wird mit 64 zu 0 Stimmen genehmigt.
7. Vom Geschäftsbericht 2002 der Regionalen Verkehrsbetriebe Schaffhausen AG (RVSH AG) wird Kenntnis genommen.
8. Die Eintretensdebatte zum Bericht und Antrag des Regierungsrates zur Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine selbstständige, öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons Schaffhausen wird aufgenommen. Die Fortsetzung der Eintretensdebatte erfolgt an einer der nächsten Sitzungen.
9. Die an der letzten Sitzung vom 18. August 2003 gegründete Spezialkommission 2003/8 „Rechtsetzungsprogramm zur Umsetzung der neuen Verfassung“ setzt sich wie folgt zusammen: Patrick Strasser (Erstgewählter), Albert Baumann, Bernhard Egli, Charles Gysel, Eduard Joos, Gerold Meier, Ernst Schläpfer, Hans Schwaninger, Alfred Sieber, Jeanette Storrer, Erna Weckerle, Gottfried Werner, Stefan Zanelli.

10. Der Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Postulat 3/2001 (Einführung von Blockzeiten in der Volksschule) wird zur Vorberatung an eine 13er-Kommission (2003/9) überwiesen. Die Zusammensetzung der Kommission wird an der nächsten Sitzung bestimmt.